

Um den Leninismus

Von Rudolf Kenner

II.

In unserem geistigen Artikel haben wir schon festgestellt, daß wir in Ostfriesland schon längere Zeit die schärfsten Auseinandersetzungen hatten...

Die Artikel erschienen unter der Überschrift 'Klare Front'. Der erste erschien, nachdem Genosse Melcher auf eine Aufforderung an ihn, einen Artikel zu schreiben, nicht reagiert hatte...

Beim Schreiben dieses Artikels ist die Entscheidung des Bezirks über die in der Bezirksleitung aufgetretenen Differenzen schon gefallen. Die Gewerkschaftskonferenz vom 16. und 17. Juni hat sich mit 200 gegen 1 Stimme, bei 4 Stimmenthaltungen, für die Linie der Partei, für die Resolutionen des 4. Kongresses der KPD ausgesprochen...

In Verbindung mit dem Ausgang der Wahlen, der Berichterstattung über den 4. Kongress, darüber bestand in der BV nur eine Meinung, mußte die Mitgliedschaft über die Streitfragen unterrichtet werden. Die Parteimitglieder mußten und müssen entscheiden, ob sie die Haltung der BV billigen...

Diese Differenzen traten schon vor längerer Zeit, zuerst vereinzelt und nicht mit vollständiger Klarheit auf. Sie zeigten sich bei der Formulierung von Resolutionen, in denen der Genosse Melcher zwar sehr stark die ja auch tatsächlich bestehenden, von keinem Parteimitgliede verkannten ultralinken Gefahren unterstrich...

Schon auf dem Essener Parteitag war von einer Gruppe Genossen, zu denen auch Genosse Melcher gehörte, eine von der Auflösung der Parteimehrheit abweichende Meinung vertreten worden. Die Genossen forderten, daß man als Zentralparole, um die Arbeiter zu mobilisieren, sie in die Wirtschaftskämpfe zu führen, die Kontrolle der Produktion aufstelle...

Wir verweisen dabei auf Lenin, der in der Vorbereitung des Aufstandes am 14. Mai 1917 in der Branda, als Ausland in mitten der Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft befand, schrieb:

... revolutionäre Disziplin, revolutionäre Maßnahmen der revolutionären Klasse, der Proletariat und Halbproletariat, der Übergang aller Staatsmacht in die Hände dieser Klasse, welche in der Tat gerade eine solche Kontrolle einzuführen vermag, tatsächlich Herrschaft den Kampf mit dem Nichtstuerium durchzuführen kann.

In einem Artikel über die Arbeiterkontrolle sagt Lenin: 'Wenn wir Arbeiterkontrolle' sagen, wobei wir diese Lösung stets neben die der Diktatur des Proletariats stellen, stets hinter sie, so machen wir dadurch klar, um welchen Staat es sich handelt. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer Klasse...

Die 'Verstaatlichung' der Angelegenheiten der Banken, Sanität, Handelsunternehmungen usw. ist durchaus möglich, sowohl technisch, dank der für uns dem Kapitalismus und dem Finanzkapital geleisteten Vorarbeit, als auch politisch, unter der Kontrolle und Aufsicht durch die Soviets.

Hier zeigt Lenin ganz klar, was die Praxis in der USSR ja auch bewiesen hat, Kontrolle der Produktion wird im Kampf um die Eroberung der Macht begonnen und ist eine Aufgabe des Arbeiterkampfes. Da hat sie aber mit Materialsammlung nichts zu tun.

Dies ist eventuell eine Aufgabe der Betriebszellen, der Gewerkschaftsfaktionen. Aber, daß das eine kampfbegleitende Parole sei, will uns bis heute noch nicht einleuchten.

Die Genossen fühlten dann auch die Unhaltbarkeit ihrer Stellung und Genosse M. gab der Produktionskontrolle eine andere Deklaration. In der Internationale erschien ein Artikel des Genossen Köhler, der erklärte, Produktionskontrolle könne sich auch so äußern wie in Italien bei der Betriebsbesetzung, oder wie die Arbeitsverweigerung der Daimler-Arbeiter beim Kriegsgerätebau anlässlich des russischen Vormarsches nach Warschau...

Sahen wir bei der Fragestellung der Produktionskontrolle als Materialsammlung die opportunistische Abweichung, so sehen wir hier einen Ausbruch nach dem welsenservierten Trotskismus. Aber auch die Sozialdemokraten gehen ja mit dieser Frage der 100prozentigen Enteignung auf den Markt, zum Beispiel wenn sie zur Bauernfrage in Rußland sprechen...

'Anderer Partei ist viel befähigter. Sie fordert in ihrer Resolution weniger, nämlich, nur die Einbürgerung der Kontrolle über die Banken, und allmählichen (hörr, hörr!) Die Volkswirtschaft für die Wirtschaftlichkeit!) Übergang zu einer gerechteren progressiven Besteuerung der Einkünfte und des Vermögens.'

Wir haben den Genossen M. schon in dieser einen Frage von einer Seite auf die andere versprungen, von der Degradierung der Produktionskontrolle zur Materialsammlung bis zur 100prozentigen Sozialisierung. Die Linie dabei blieb die gleiche, die einer opportunistischen Abweichung. Lenin erklärte Stobelew, als er in Esfeld gekommen, habe er große Versprechungen gemacht, ohne die Vorbereitungen zu schaffen. Genosse M.

ging sich in Katteleraten über die 100prozentige Sozialisierung. Wir aber glauben auch, daß wir erst die Vorbereitungen zur Machteroberung schaffen müssen, daß das Proletariat erst die Macht haben muß, bevor man feststellen kann, was prozentmäßig zu sozialisieren geht.

Eine andere Differenzfrage bildete die Beurteilung der 'Linken' in der SPD. Die Genossen erklärten, daß die Bezeichnung des Essener Parteitages, die 'Linken' seien innerhalb der SPD die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse, nicht richtig - sie formulierten vorichtig; zu plump - sei. Auch Genosse M. vertrat diese Auffassung. Wir verließen auf die Haltung der 'Linken', ihren ständig schnelleren March zu Hermann Müller. Genosse M. entwarf die Diskussion über die Herausbildung einer zentralistischen Partei. Es ist unmöglich, hier auf den Gesamtcomplex der Fragen einzugehen, aber eines stand und steht fest: diese Frage wurde aufgeworfen, um eine andere Stellung einzunehmen, weil man glaubt, durch ideologisches Entgegenkommen an die Linken hier gewinnen zu können...

Hier schon zeigten sich starke Differenzen und offen opportunistische Abweichungen. Deutlicher noch traten diese hervor bei der Beurteilung und der Durchführung der Wirtschaftskämpfe. Hier verlangten die Genossen, daß man die politische Seite der Kämpfe nicht so sehr betone. Man solle erst nur wirtschaftliche Forderungen aufstellen.

In der Vorbereitung des 4. KPD-Kongresses traten scharf ein paar scharfe Formulierungen des Genossen Lohmeyer auf. Diese auszunutzen, ging die Gruppe der Opponenten dazu über, den Vortrag gegen die KPD überhaupt zu führen. Genosse Melcher vertrat in einem längeren Schreiben nicht mehr, aber auch nicht weniger als das bedingungslose Aufgehen im KPD.

Nach dem Kongress schreibt Genosse Melcher mit noch einigen anderen, daß der in der Resolution des 4. KPD-Kongresses geforderte Kampf gegen die Ausschüsse die Gewerkschaften spalte. Das bedeutet zweierlei: erstens kampfloses Hinnehmen der Ausschüsse, zweitens aber liefern die Genossen mit ihrem Geschrei den Sozialdemokraten das Stimmwort gegen die revolutionären Gewerkschafter und ihre Tätigkeit. Wir werden auf diese Frage in einem weiteren Artikel besonders eingehen.

Rüstet zur Gedenkfeier für die Opfer von 1923, am 27. und 28. Oktober in Freiberg

Schlichtungsverhandlungen für die Hüttenindustrie

Am 22. Oktober fanden in Düsseldorf die ersten Schlichtungsverhandlungen im Lohnkonflikt der Hüttenindustrie statt. Der vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell eingeleitete Schlichter Dr. Joetten leitete die Verhandlungen. Die Gewerkschaftsvertreter verlangten von den Unternehmern die Zurücknahme der provisorisch ausgesprochenen Kündigungen. Das lehnten die Unternehmer selbstverständlich ab. Die von den Unternehmern abgegebene Erklärung wurde von den Gewerkschaftsvertretern ebenfalls mit einer Erklärung beantwortet, aus der als wichtigstes festgehalten zu werden verdient, daß die Gewerkschaftsführer nach wie vor zu einer Beteiligung an den Schlichtungsverhandlungen bereit seien...

Tolle Sabotage des Volksbegehrens

Wieder ein Ort ohne Einbürgerungsmöglichkeit für die Bevölkerung. Täglich werden neue Tatsachen bekannt, die das Durchstreifen selbst der unter dem Massendruck angeordneten Einbürgerungsordnungen zum Volksbegehren durch die Vorposten des drastisch beleuchteten. Aus Altona im Abendland wird gemeldet, daß der Zentrums-Vizepräsident und der demokratische Reichsschreiber die Einbürgerungsfrist von 10 bis 18 Uhr festhielten, obwohl gerade weil um diese Zeit das Dorf fast ausgepöbelt ist. Denn bis auf die Kleinbauern führt alles fruchtlos in die benachbarten Städte zur Arbeit, um erst nach 18 Uhr zurückzukehren. Dadurch war die Einbürgerung der Bevölkerung unmöglich gemacht. Aber es kommt noch schlimmer. Als am Samstag dem 18. Oktober ein Benz-Prolet sich um 15 Uhr, also zu einer Zeit, wo die Villen regelmäßig ausliegen mußten, eintragen wollte, fand er das Rathaus verriegelt. Auf seine Belästigung wurde ihm geantwortet: 'Ja, der Reichsschreiber mußte nach Roddenbach, und der Reichsschreibergehilfe ist heute bei der Jagd des Herrn Freudenberg als Treiber beschäftigt.' (11) Mit solchen Mitteln der Sabotage, verstärkt durch den Terror sozialdemokratischer Polizeipräsidenten und die Entlassungsfähigkeit sozialdemokratischer Einheitsfront erreicht, daß die notwendige Stimmenzahl für das Volksbegehren nicht aufgebracht wurde.

Partei-Vormarsch

Unser halbeschweres Bruderorgan 'Klassenkampf' meldet, daß es der linken Kleinpartei aktiver Genossen gelungen ist, in Weismann im Kampf um die Eroberung der Macht gewonnen und ist eine Aufgabe des Arbeiterkampfes. Da hat sie aber mit Materialsammlung nichts zu tun.

Kommunistische Anträge im Landtag

Ein ähnlich erfreuliches Ergebnis meldet der 'Arbeiterwille', demzufolge in Zeitz-Nachis im Verlauf des Volksbegehrens von der dortigen KPD-Druckgruppe neun neue Mitglieder aufgenommen und nicht weniger als 35 neue Leser des 'Arbeiterwille' gewonnen wurden. Das Beispiel dieser Genossen muß der gesamten Parteimitgliedschaft zum Vorbild dienen. Bei eifriger Werbearbeit für unsere Partei und Presse ist der Erfolg sicher. In letzter Zeit häufen sich die Fälle von Stilllegung kleinerer und mittlerer Industriebetriebe. Dabei wurde festgestellt, daß vom Unternehmer die Vorkosten zum Kranken-, Invaliden- und Gewerkschaftenversicherung nicht immer ordnungsgemäß abgeführt wurden. Sogenannte Werkparaffen, die für die Arbeiter und Angestellten der Betriebe eingerichtet wurden haben in diesen Fällen gezeigt, daß die eingezahlten Gelder der Betroffenen nicht sichergestellt waren. Die Arbeiterklasse mußte zur Wiedererlangung der lauererparten, direkt vom Lohn abgezogenen Spargelder einen schweren Kampf führen. Der Landtag werde deshalb beschließen: 1. Die Regierung wird beauftragt, Anweisungen zu einer besseren Kontrolle der Versicherungsbeitragsabführung an die in Frage kommenden Stellen ergehen zu lassen. 2. Werkparaffen dürfen nicht mehr errichtet werden; bestehende sind aufzuheben. Den Sparern ist das eingezahlte Geld mit etwaigen Zinsen usw. zurückzuerstatten. Für ein neues Wegebaurecht Am 28. 6. 1928 wurde im Landtage ein sozialdemokratischer Antrag über die Schaffung eines neuen Wegebaurechtes angenommen. Die Verhältnisse im Straßenbau werden immer katastrophaler und bedingen eine beschleunigte Regelung. Wann gebent die Regierung den Gesetzentwurf vorzulegen?